

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.05.2022

Inhalt

EWN

- 1 | **So viel Gazprom steckt in MV**
Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.05.2022 3
- 2 | **Ist ein Atommüll-Endlager in der Wesermarsch noch möglich?**
norderlesen.de (Nordsee-Zeitung), 12.05.2022 5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 13.05.2022 | S. 12

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

GASSTREIT MIT RUSSLAND

So viel Gazprom steckt in MV

Russland drosselt die Gaslieferungen. 31 Unternehmen stehen auf einer Sanktionsliste - neben Gazprom Germania auch eine erste Wingas-Anlage in Lubmin.

Der lange Arm des russischen Energieriesen Gazprom reicht nicht nur bis zu seiner Tochtergesellschaft Nord Stream 2. Gazprom hat in MV auch bei der wichtigen Gasinfrastruktur auf dem Festland seine Finger im Spiel und sicherte sich über ein komplexes Firmenkonglomerat Einfluss. An Gascade, Betreiber der Gas-Empfangsstationen in Lubmin, und an den Festland-Pipelines, die das russische Gas von Lubmin durch MV weitertransportieren, hält die Gazprom Germania GmbH nicht unwesentliche Anteile. Ein System gegenseitiger Abhängigkeiten entstand, das lange funktionierte, sich aber nun im Zuge des Krieges als Bumerang erweist.

Denn Moskau setzte gestern 31 Energieunternehmen auf eine Sanktionsliste, darunter auch die Gazprom Germania GmbH. Dies als Reaktion auf deutsche Entscheidungen: Anfang April hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Bundesnetzagentur als Treuhänderin der Gazprom-Tochter eingesetzt. Anlass für die deutsche staatliche Kontrolle: Die ungeklärte Übertragung der Gazprom Germania an eine ausländische Gesellschaft. Energie ist mit dem Krieg zu einer scharfen Waffe geworden.

In Lubmin und der Gascade-Firmenzentrale sorgte die Nachricht der russischen Sanktionen gestern für Wirbel - und Verunsicherung. Gascade ist als Eigentümer der Empfangsstationen für die Ostseepipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in Lubmin sowie der 480 Kilometer langen Festland-Eugal-Trasse ein wichtiger Player bei der Verteilung des russischen Gases nach Europa. Hinter Gascade steht als mittelbare Muttergesellschaft die WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG - wie Gascade ansässig in Kassel. An der WIGA hält dem Handelsregister zufolge die Gazprom Germania GmbH 49,98 Prozent, Wintershall Dea 50,02 Prozent. Die restlichen 0,1 Prozent gehören der WIBG, einer 100-prozentigen Gazprom-Tochter. Auch die beiden anderen Gas-Leitungen NEL und Opal, die von

Lubmin das russische Gas nach Süden und Westen führen, sind über die WIGA mittelbar Töchter der Gazprom Germania.

Wie sich nun die von Moskau verhängten Sanktionen genau auswirken, zeichnet sich erst langsam ab. „Es kann jetzt Sand ins Getriebe kommen, wenn es um die Weiterleitung des russischen Gases geht“, sagt Jacopo Pepe, Experte für globale Energiepolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Gascade als Betreiber der Lubminer Infrastruktur und auch die WIGA stehen im Gegensatz zur Muttergesellschaft, der Gazprom Germania GmbH, zwar nicht explizit auf der russischen Sanktionsliste. „Aber wir können auch nicht ausschließen, dass wir betroffen sein könnten“, sagt Gascade-Sprecherin Tatjana Bernert. Noch - so Bernert weiter - seien die Gasflüsse aus Russland über die Nord Stream 1 stabil. Dennoch bereitete sich Gascade auf verschiedene Szenarien vor. Im Ernstfall auch darauf, dass der Gastransport über die NEL, Eugal und Opal gestoppt werden könnten.

Schon jetzt betroffen von den Sanktionen ist hingegen die Industriekraftwerk Greifswald GmbH. Das 40-Megawatt-Kraftwerk in Lubmin steht auf der Sanktionsliste, ebenso dessen Mutter Wingas GmbH (Tochter der Gazprom Germania), die zusammen mit Eon das Kraftwerk betreibt. Das kleine Kraftwerk erzeugt im Winter Wärme, um das Gas aus der Nord Stream 1 zu erwärmen. Ein kleines, aber wichtiges Zahnrad, damit das Gas überhaupt ins deutsche Netz gelangt. Derzeit sei es warm, so dass das Kraftwerk nicht betrieben werden müsse, erläutert ein Wingas-Sprecher. Sollte der Einsatz der Anlage notwendig werden, werde das benötigte Gas an den Handelsplätzen bezogen, „Folglich erwachsen aus den Gegensanktionen zunächst keine Konsequenzen.“

Das System der gegenseitigen Verflechtung ist anfäl-

lig geworden, Gas wird zum politischen Druckmittel. War es ein Fehler, dass sich Gazprom überhaupt so stark in die deutsche Gasinfrastruktur einkaufen konnte? „Trotz politischer Spannungen hat dieses System von gegenseitigen Abhängigkeiten lange funktioniert“, sagt der Energieexperte Pepe. Für Deutschland mit seinem liberalisierten Gasmarkt und ausländischen Beteiligungen am Gasnetz und den Gasspeichern hätten sich die gegenseitigen Verflechtungen über Jahrzehnte als gute und stabile Lösung erwiesen. Profitiert hätten auch deutsche Firmen, die an der Gasförderung in Sibirien mitverdient haben, so Pepe. Dass Energie auch als Waffe eingesetzt werden kann, sei jedoch zu lange ignoriert worden. „Die deutsche Politik hat daran geglaubt, dass sich durch die engen wirtschaftlichen Verflechtungen Russland auch politisch wandeln lässt.“ Dies habe sich als Irrtum herausgestellt.

In Lubmin, mit den Nord Stream-Pipelines entschei-

dendes Energiedrehkreuz, versucht man, den Blick nach vorn zu richten - in eine Zukunft ohne russisches Erdgas. Lubmin ist neben Rostock inzwischen ein Kandidat für einen Flüssiggas-Standort. Während in Rostock nach den Vorstellungen von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) ein festes Terminal entstehen könnte, ist Lubmin für eine „schwimmende Einheit“ im Gespräch.

Unmittelbare Folgen der russischen Sanktionen waren am Donnerstag weiter anziehende Gaspreise. Im Großhandel schoss der Preis für europäisches Gas bis zum Nachmittag um 18 Prozent in die Höhe. Täglich würden laut Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zehn Millionen Kubikmeter Gas aus Russland nicht mehr geliefert. Dennoch hält er die aktuellen Einschränkungen bei der Gasversorgung für kompensierbar. Die betroffenen Unternehmen seien dabei, das Gas über andere Quellen zu beschaffen. Das gilt auch für Gazprom Germania.

 norderlesen.de (Nordsee-Zeitung) | 12.05.2022

 WEBLINK

Ist ein Atommüll-Endlager in der Wesermarsch noch möglich?

Deutschland nutzt seit 1960 die Atomkraft zur Energiegewinnung. Seitdem sind 27.000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle angefallen, die in 16 Zwischenlagern untergebracht sind.

Langfristig soll für die Rückstände ein Endlager gefunden werden. Warum das möglicherweise in der Wesermarsch liegen könnte, war jetzt Thema eines Infoabends in der Nordenhamer Friedeburg.

Der Landkreis hatte zu der gut dreistündigen Veranstaltung eingeladen, die die Möglichkeit bieten sollte, sich frühzeitig über die derzeit laufende Endlagersuche zu informieren. Rund 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten hiervon am Dienstagabend Gebrauch. Für Nordenham war Baudezernentin Ellen Köncke anwesend, für Butjadingen Bürgermeister Axel Linneweber. Aus Stadland waren die Ratsherren Torben Hafeneeger und Jürgen Neels vor Ort.

Das Suchverfahren steht noch am Anfang. Auf Basis des vorhandenen Datenmaterials sind bundesweit 90 Teilgebiete bestimmt worden, die sich möglicherweise für die Endlagerung eignen. Ein Großteil dieser Teilgebiete, nämlich 57, befindet sich in Niedersachsen. „Grund ist, dass wir hier in Niedersachsen fast alle geologischen Formationen haben, die für ein Endlager infrage kommen“, machte Timo Quander, Leiter des Rechtsreferats der Abteilung Atomaufsicht und Strahlenschutz des niedersächsischen Umweltministeriums, deutlich. Mögliche sogenannte Wirtsgesteine seien Salz, Ton und Kristallin. Die seien auf 87 Prozent der Landesfläche zu finden.

Allein in der Wesermarsch gibt es zwei Teilgebiete, die sich auf den ersten Blick eignen könnten, hochradioaktive Abfälle in mehreren hundert Metern Tiefe zu verwahren – und das laut Bundesvorgabe für mindestens eine Million Jahre: ein Salzstock im Bereich Seefeld und großflächiges Gebiet tertiären Tongesteins, von dem ein kleiner Teil in der nördlichen Wesermarsch liegt.

Der Salzstock, der vor rund 240 Millionen Jahren entstanden ist, beginnt in einer Tiefe von 1060 Metern unter der Erde reicht bis mindestens 1500 Meter Tiefe. Das tertiäre Tongestein dürfte nicht älter als 60 Millionen Jahre sein. Es ist in 400 bis 1500 Metern Tiefe zu finden.

Suche soll 2031 abgeschlossen sein

Die Endlagersuche, so Dr. Ingo Bautz vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, soll möglichst bis 2031 abgeschlossen sein und verläuft in drei Phasen. Momentan befindet man sich in der zweiten Hälfte von Phase eins, in der die Standortsuche konkretisiert wird. Innerhalb der festgelegten Teilgebiete werden sogenannte mögliche Standortregionen ermittelt. „Welche Regionen weiter erkundet werden, entscheidet am Ende der Bundestag.“

Der bisherige Fahrplan des Bundes sieht vor, dass das Endlager 2050 fertig ist und dann 40 Jahre lang betrieben wird. Zu klären sein wird bis dahin unter anderem, in welchen Behältern die Abfälle gelagert werden sollen. Bis zu 500 Jahre lang soll es möglich sein, dass Lager wieder zu räumen, falls spätere Generationen der Ansicht sein sollten, dass der hochradioaktive Müll dort nicht hingehört.

Informierten über den Stand der Dinge bei der Endlagersuche (von links): Ingo Bautz (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung), Timo Quander (Umweltministerium), Dagmar Dehmer (Bundesgesellschaft für Endlagerung), Saleem Chaudry (Öko-Institut), Iris von Wedel, Landrat Stephan Siefken und Matthias Wenholt (alle vom Landkreis).

Bei der Suche will man sich Stück für Stück vorarbeiten. Alles soll für die Bürgerin und den Bürgern transparent und nachvollziehbar sein, es werde viele Möglichkeiten geben, sich zu informieren und Einfluss zu nehmen, so Ingo Bautz. Er verwies auf die öffentliche Veranstaltung „Forum Endlagersuche“, die am 20. und 21. Mai in Mainz stattfindet und online verfolgt werden kann.

Dr. Saleem Chaudry vom Öko-Institut in Darmstadt hat zusammen mit einer Kollegin die Kriterien für die Ausweisung des Salzstocks Seefeld überprüft. Dies haben sie im Auftrag des Landkreises getan. Das Fazit: Die bisherige Arbeit der für die Teilgebiet-Bestimmung zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung ist

weitgehend plausibel. Ein K.-o.-Kriterium hätte man nicht entdecken können, so Saleem Chaudry.

Sollte Seefeld nach dem ersten Auswahlverfahren, das jetzt startet, noch im Rennen sein, empfehle sich jedoch eine tiefergehende Untersuchung, so der Gutachter. Er gebe Hinweisen auf Risse im sogenannten Deckgebirge. Zudem sei unklar, wie mächtig der Salzstock tatsächlich ist. Die Datenbasis sei diesbezüglich dünn.

Diskussionen um Endlager im Landkreis

Landrat Stephan Siefken machte keinen Hehl daraus, dass er kein Endlager im Landkreis haben möchte. „Die Wesermarsch ist nicht für ein atomares Endlager geeignet. Ich gehe davon aus, dass das Suchverfahren dies zeigen wird“, machte er in einer persönlichen Stellungnahme deutlich. Weite Teile der Wesermarsch lägen unter Normalnull. „Wie soll da ein Endlager über sehr, sehr lange Zeit hochwassersicher betrieben werden?“, fragte er.

Dagmar Dehmer von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), entgegnete, dass es bei der Suche

nach einem bestmöglichen unterirdischen Lager in erster Linie darum gehe, dass die tief in der Erde liegenden Gesteinsschichten geeignet sind. „Wir suchen Sicherheit unter der Erdoberfläche, nicht darüber“, betonte sie. Dass die Wesermarsch irgendwann überschwemmt werden könnte, sei also nicht zwangsläufig ein Grund, sich gegen ein Lager im Kreis zu entscheiden.

Niemand in Deutschland wolle, dass das Endlager in seiner Region entsteht, brachte es Gutachter Saleem Chaudry auf den Punkt. Doch irgendwo müsse der hochradioaktive Müll ja schließlich hin. Er stelle eine potenzielle Gefahr da, solange er sich an der Oberfläche befindet. „Wir haben als Gesellschaft von der Atomenergie profitiert, und jetzt tragen wir die Verantwortung für den Abfall.“

Es gebe zurzeit keine sicherere Lösung als die unterirdische Lagerung, so Saleem Chaudry weiter. Wenn das Suchverfahren sorgfältig und gewissenhaft durchgeführt wird, müsse man am Ende vielleicht auch damit leben lernen, dass sich das Endlager in der eigenen Heimat befinden wird.